



Partizipation ist angesagt!

Staatliche, institutionelle und individuelle Herausforderungen

Der gegenwärtige rapide gesellschaftliche Wandel wird mit Begriffen wie Entstrukturierung, Individualisierung oder auch Entgrenzung gekennzeichnet. Institutionen, Arbeitsplätze und berufliche Anforderungen verändern sich. Biographien werden komplizierter. Für die nachwachsende Generation stellen sich mit diesen Entwicklungen neue Herausforderungen beim Erwachsenwerden: Orientierung und Platzierung in einer flexibilisierten Arbeitswelt, Eigenverantwortung in der Wohlfahrtssicherung sowie Beteiligung in einer Gesellschaft, in der einerseits Entscheidungen auf europäischer und globaler Ebene fallen und andererseits die jungen Bürgerinnen und Bürger vermehrt zur Partizipation aufgefordert werden.

Die Frage der Partizipation gewinnt damit grundsätzlich auf drei Ebenen zunehmend an Gewicht:

I. Makro-Ebene: Gesamtgesellschaftlich gesehen kommt der Entwicklung der politischen Kultur, der lebendigen Demokratie und aktiven Bürgergesellschaft ein steigender Stellenwert zu, nicht zuletzt deshalb, weil der soziale Zusammenhalt angesichts geringerer Integration durch die Arbeitswelt und der Prozesse von Europäisierung und Globalisierung immer wieder von Neuem hergestellt und stabilisiert werden muss. Zusätzlich setzt der Wohlfahrtsstaat verstärkt auf Selbstverantwortung, sodass Partizipation an sozialen Netzen vermehrt Voraussetzung für gelingende Alltagsbewältigung wird.

II. Meso-Ebene: Institutionen werden umstrukturiert, zusammengelegt, eingespart, geschlossen. Modernisierung, Empowerment, Mobilisierung von Kompetenzen, Qualitätssicherung und Changemanagement gelingen aber nur über Prozessgestaltung, die alle Ebenen systematisch einbezieht. Partizipation muss dabei organisiert werden, um die Zielbestimmungen, Ressourcen, Evaluationskriterien und Entwicklungsschritte optimal ins Zusammenspiel zu bringen. Interessensunterschiede dürfen nicht verschleiert werden, sondern müssen professionell ausgehandelt werden. Beteiligung steigert nicht nur die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten, sondern auch den Erfolg der Institution gegenüber Geldgebern und anderen Adressaten. Partizipation fördert die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten, ermöglicht mehr Handlungsspielräume, verbessert die Kommunikation sowie das Betriebsklima und stärkt den sozialen Rückhalt. Hohe und komplexe Arbeitsanforderungen, wie sie für die Jugendhilfe typisch sind, lassen sich damit besser bewältigen sowie Krisen und Konflikte produktiv in einen Innovationsprozess einbringen.

III. Mikro-Ebene: Individuen stehen heute vor neuen biographischen Herausforderungen. Für Jugendliche ist der Schritt zum Erwachsensein mit individueller und sozialer Identität, beruflicher Kompetenz, ökonomischer Selbständigkeit sowie aktiver Teilhabe in sozialen Netzen und politischen Kontexten komplizierter geworden. Geradlinige Übergänge in die Arbeitswelt gibt es nicht mehr. Geschlechtsrollen müssen gestaltet und ausgehandelt werden. Der Lebenslauf mit allen Chancen und Risiken liegt zunehmend in der Hand der Individuen. Partizipation bietet die Möglichkeit, sich auf die verbindliche Auseinandersetzung mit anderen, mit Institutionen, Zieldefinitionen, Regelungen und Strukturen wirkungsvoll einzulassen.

Ohne hier auf gesamtgesellschaftliche Aspekte auf der Makro-Ebene und generelle Probleme auf institutioneller Ebene einzugehen, lassen sich bezüglich der Partizipation im Kontext mit Jugendhilfe einige interessante Entwicklungen feststellen.

Jugendhilfe und Partizipation

Regelungen in der UN-Kinderrechtskonvention und im KJHG stärken die Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse und Modellprojekte belegen, wie zentral Beteiligung für ein gelingendes Aufwachsen ist. Partizipation wird zunehmend als ein wesentliches Prinzip pädagogischen Handelns gesehen. Studien zeigen, dass institutionalisierte Beteiligungsstrukturen in Bildungseinrichtungen das Gewaltpotential mindern und das Wohlbefinden steigern (vgl. DJI-Kinderpanel: Projekthomepage www.dji.de/kinderpanel).

Die Jugendhilfe steht in einem besonderen Spannungsfeld zwischen Hilfe und Kontrolle, das es den Fachkräften manchmal erschwert, Beteiligungskonzepte umzusetzen. Für den Fall, dass sie selbst bezüglich der Regelungen, Zielsetzungen und Abläufen der Organisation kaum mitbestimmen können, dürfte es schwer sein, Jugendliche zu ermutigen, ihre Lebensbedingungen und ihren Alltag aktiv mitzugestalten. Die Anerkennung und das Vertrauen durch die Fachkräfte, sind für die Jugendlichen zentrale Voraussetzungen, sich zu engagieren. Fühlen sich junge Menschen in ihren Problemen ernst genommen und partnerschaftlich behandelt, dann sind sie bereit, in der Einrichtung mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen. Als Zusammenfassung eines DJI-Forschungsprojekts über Partizipation in der Jugendhilfe wird resümiert: „Strukturelle Rahmenbedingungen erweisen sich als wichtige Unterstützungsfaktoren für die Fachkräfte bei der Umsetzung von Beteiligung. Fortbildungen, Supervision und die Festlegung entsprechender Qualitätsentwicklungsvereinbarungen gehören gleichermaßen dazu, wie Entscheidungsbefugnisse der MitarbeiterInnen und eine ausreichende Angebotsstruktur, die Wahlmöglichkeiten eröffnet. Letztlich zeigt sich, dass Beteiligung nur funktionieren kann, wenn sie auf allen Ebenen, von gesetzlichen Regelungen über eine institutionelle Verankerung bis hin zur Gestaltung der pädagogischen Beziehung, umgesetzt wird.“

(Pluto, Liane: Partizipation im Kontext erzieherischer Hilfen. DJI Bulletin 66/2004, S.3, siehe auch: Projekthomepage www.dji.de/jhsw)

Gesellschaftliche Partizipation Jugendlicher

Jugendliche haben vielfältige und manchmal auch konkurrierende Interessen: Freunde, Familie, Bildung und Beruf stehen an erster Stelle. Die Gestaltung ihrer sozialen, gesellschaftlichen und politischen Lebensumstände ist ihnen wichtig. Nur eine Minderheit ist bereit, Zeit und Energie für politische Partizipation zu investieren. Welche Engagementformen Jugendliche bevorzugen, ist von einer Reihe von Kontextbedingungen abhängig: Traditionelle politische Partizipation in Parteien erscheint jungen Menschen immer uninteressanter, obwohl ihr Vertrauen in die demokratischen Institutionen durchaus stabil und hoch ist. Untersuchung zu jugendlichem Engagement¹ verweisen auf ein neues Politikverständnis sowie eine Orientierung an problemorientierten und flexiblen Formen der politischen Partizipation. Junge Menschen wollen gehört werden und mitentscheiden, wenn es um ihre Belange geht. Ihre Bereitschaft eigene Interessen zu artikulieren und in der Schule, Jugendhilfe, Arbeitswelt sowie Wohngemeinde entsprechend Mitverantwortung bei der Lösung von Problemen zu übernehmen, ist groß, die tatsächliche Beteiligung aber selten.

¹ Die hier dargestellten Trends beruhen weitgehend auf Forschungsergebnissen des Deutschen Jugendinstituts; siehe Gaiser, Wolfgang / de Rijke, Johann: Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend. Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, Hintergründe. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 44/2001, S. 8–16. Zu aktuellen Ergebnissen: www.dji.de/jugendsurvey



Manch schlechte Erfahrung bei Mitbestimmungsgelegenheiten schlägt sich in Enttäuschung, Unzufriedenheit und dem Empfinden der Verletzung von Gerechtigkeitsprinzipien nieder. Sie führt zu einer Skepsis und Distanz gegenüber konventionellen Beteiligungsformen. Um die Jugend gesellschaftlich stärker zu beteiligen, geht es also darum, Gelegenheitsstrukturen zur Verfügung stellen, um ihr verstärkt die Möglichkeit zur Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte, zur kulturellen Teilhabe, zur Entfaltung ihrer Interessen und Potentiale sowie zur Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe zu geben.

Die gesellschaftliche und politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist vielschichtig und zeigt sich in unterschiedlichen Bereichen: in der Mitgliedschaft in traditionellen Organisationen, Vereinen oder Verbänden sowie bei politisch engagierten informellen Gruppierungen und in eher situativen und zeitlich begrenzten politischen Aktionen.

Bildung ist ein wichtiger Faktor für Engagementbereitschaft und politische Aktivität: Je höher das Bildungsniveau der Jugendlichen ist, desto höher ist das Engagement – sei es aus Einsicht aufgrund der verfügbaren Ressourcen, aus Prinzip oder aus Nutzenserwägungen. Dies gilt sowohl für konventionelle als auch unkonventionelle Formen der Beteiligung. Den stärksten beteiligungsrelevanten Effekt hat jedoch das politische Interesse. Politische Interessiertheit ist offenbar zentral für die Motivation, sich zu engagieren. So kann auch bei formal geringem Bildungsniveau politisches Interesse zu soziopolitischer Aktivität führen. Mädchen und junge Frauen sind aktiver bei informellen und netzwerkorientierten Gruppierungen, die sich etwa für Menschenrechte oder Umweltfragen einsetzen. Jungen und junge Männer zeigen stärkeres Interesse an konventioneller Politik und engagieren sich mehr in institutionalisierten Vereinen und Verbänden.

Migrationshintergrund und Partizipation

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben spezifische Integrationsleistungen zu bewältigen und nutzen hierfür auch die vielfältigen Partizipationsmöglichkeiten. Dabei nehmen sie für sich eine ganz ähnliche Gewichtung der unterschiedlichen Formen des Engagements vor wie die Deutschen – nur ist das Ausmaß der Beteiligung bei denjenigen mit kurzem Migrationshintergrund und insbesondere bei fehlender deutscher Staatsbürgerschaft niedriger. Diese größere Zurückhaltung ist teils auf den Rechtsstatus, teils auf Sprachkenntnisse, teils auch auf niedrigere schulische Qualifikationen zurückzuführen. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Partizipationsprofilen verlaufen bei ausländischen Jugendlichen parallel zu denen der deutschen. Insgesamt ist die Bereitschaft jugendlicher Migranten zu politischer Beteiligung in institutionellen Strukturen der deutschen Heimat nicht unbeträchtlich. Das Engagement in eigenethnischen Organisationen spielt oft zusätzlich eine wichtige Rolle.

Zwischenresümee

Insgesamt kann, selbst wenn die aktive Betätigung in manchen traditionellen gesellschaftlichen Organisationen oder Parteien nachlässt, von einem grundsätzlichen Beteiligungsrückgang der Jugend keine Rede sein. Lediglich wird die Politik nicht als zentrales Betätigungsfeld gesehen. Größerer Attraktivität erfreuen sich informelle Gruppierungen sowie flexible und stärker dezentrale und selbst bestimmte Aktionsformen. Bei der Engagementbereitschaft junger Menschen zeigen sich starke prosoziale Orientierungen, eine hohe Wertschätzung des Ideals der Demokratie, ein großes Vertrauen gegenüber Bürgerinitiativen und viel Sympathie für die Gruppie-

rungen, die sich etwa für Frieden, Menschenrechte, Umwelt- und Tierschutz sowie für soziale Belange einsetzen. Niedrig ist allerdings die tatsächliche Beteiligung. Bei den persönlichen Wertsetzungen der jungen Menschen besteht für den Einzelnen kein grundsätzlicher Widerspruch zwischen persönlichen Selbstentfaltungswerten und gesellschaftlichem Engagement. Eher scheint es so zu sein, dass angesichts der vielfältigen Möglichkeiten oder Notwendigkeiten, sich für und damit auch gegen etwas zu entscheiden, die Prioritäten so gesetzt werden, dass keine Zeit für „zusätzliches“ Engagement bleibt. Die Organisation, Ausgestaltung und Sicherung der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe prägen das Leben der jungen Menschen entscheidend.

Konsequenzen für die Praxis der Jugendbeteiligung

1. Junge Menschen wollen in der Familie, der Schule, der Jugendhilfe sowie in Bildungs- und Arbeitszusammenhängen, aber auch auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen ernst genommen werden – mitbestimmen - selbst bestimmen. Dies bedeutet konkrete Aufgaben zu übernehmen und sich mit Zieldefinitionen, Realitäten, Projekten und Personen auseinanderzusetzen. Bei den sie betreffenden Belangen wollen Jugendliche verbindlich einbezogen werden. Sie sollten daher als Experten ihrer Lebenswelten gesehen werden und wirken können.
2. Gegenüber der Verstärkung von jugendlichem Engagement bestehen oftmals Barrieren. Diese beginnen beim Menschenbild vom „Jugendlichen“, welches von den Erwachsenen gesetzt wird und die jeweils subjektiv zugestandenen Rechte bestimmt. Sie reichen bis zu den realen Einflussmöglichkeiten der unterschiedlichen Formen von Jugendbeteiligung. Eine strukturelle Verbesserungsmöglichkeit könnte bereits darin bestehen, wenn es gelänge, gemeinsam eine neue Kultur des Zuhörens, Begreifens und Akzeptierens zu fördern. Dazu gehört, mehr Vertrauen in Kenntnisse und Fähigkeiten von jungen Menschen zu entwickeln, ihre Kompetenzen anzuerkennen, Entscheidungsmacht an sie abzugeben und ihnen Rechte zuzugestehen.
3. Rechtlich abgesichert, professionell begleitet, institutionell verankert und mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet, müssten dazu auf vielerlei Ebenen Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen Jugendliche ihre Bedürfnisse zur Geltung bringen können. Dies bedeutet, in der Erwachsenenwelt mehr Raum für Begeisterung und Ungeduld zuzulassen. Gleichzeitig müssen Strukturen geschaffen und Prozesse in Gang gebracht werden, die jungen Menschen Erfolgserlebnisse ermöglichen. Damit Jugendlichen die konkrete Mitwirkung am gesellschaftspolitischen Leben als erstrebenswert erscheint, müssen sie positive Konsequenzen ihrer Beteiligung erleben können. Auch wenn dabei manchmal das ursprünglich gesteckte Ziel nicht erreicht wird, wollen sie zumindest sehen, dass sich durch gemeinsames Engagement etwas bewegt hat.

Dr. rer. soc. Wolfgang Gaiser
Sozialwissenschaftler (DJI)
Supervisor (GAG)